

## **Darstellung**

zu den angepassten Maßnahmen im Zweiten Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK

Eine Auswahl der wesentlichen Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf

Präsentation Teilhabebeirat am 21. Februar 2024

Maßnahme aus erstem Entwurf <sup>1</sup>	Maßnahme in der Endfassung <sup>2</sup>	Änderungen/ Informationen
	1.1 Einführung einer Lebenslagen- und Teilhabeberichterstattung zur Situation von Menschen mit Behinderungen	Neue Maßnahme
	2.1 Prüfung der Weiterentwicklung und weiterführende Umsetzung des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BremBGG) im Geltungsbereich zu den Aspekten  - Bewusstseinsbildung - Gleichstellung, Gleichberechtigung, - Benachteiligungsverbot, Nichtdiskriminierung - Zugänglichkeit, Barrierefreiheit	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB, Empfehlung in „Abschließende Bemerkungen“ zum Staatenbericht
	2.2 Der Focal Point, ggf in Kooperation mit	Neue Maßnahme

<sup>1</sup> Vom 05.10.2022

<sup>2</sup> 1. Entwurf der Endfassung des zweiten LAP vom 19.2.2024

	der Senatskanzlei, prüft bis Mitte 2025 den Anstoß eines ressortübergreifenden Verwaltungsprozesses ähnlich eines Leitbildes.	Vorschlag in Stellungnahme des LTB
	2.3 Prüfung zur Aufnahme eines einklagbaren Anspruchs auf das Recht einer Leistungs- und Gestaltungsklage im Verbandsklagerecht des BremBGG.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB, Empfehlung in „Abschließende Bemerkungen“ zum Staatenbericht
	2.4 Focal Point, ggf in Kooperation mit der Senatskanzlei, prüft bis Mitte 2025 die Möglichkeit der Erarbeitung einer ressortübergreifenden Handreichung für die Verwaltung zur Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung für die Belange von Menschen mit Behinderungen im Themenfeld - Gleichstellung, Gleichberechtigung, - Benachteiligungsverbot und Nichtdiskriminierung – Zugänglichkeit und Barrierefreiheit	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB, Empfehlung in „Abschließende Bemerkungen“ zum Staatenbericht
	2.5 Weitergehende Umsetzung von Bindung und Verpflichtung der Verwaltung im Geltungsbereich des BremBGG zur besonderen Beachtung der Gleichberechtigung und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, insbesondere von Frauen mit Behinderungen, sowie	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB, Empfehlung in „Abschließende Bemerkungen“ zum Staatenbericht

	Vermeidung oder Beseitigung von Benachteiligung aus mehreren Gründen.	
	<p>2.6 Ausbau des Fortbildungsbereiches in den Themenfeldern</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gleichstellung, Gleichberechtigung,</li> <li>- Benachteiligungsverbot, Nichtdiskriminierung</li> <li>- Gleichbehandlung und Inklusion nach BremBGG und AGG</li> </ul>	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	2.7 Weitere Umsetzung des Barrierefreiheitsstärkungsgesetzes	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	2.8 Der geplante „Landesjugendhilferat“ als Interessensvertretung von jungen Menschen in stationären Einrichtungen und Pflegefamilien verfolgt einen inklusiven Ansatz. Es sind feste Plätze für junge Menschen in Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe eingeplant.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	2.9 Eine Stelle zur Schnittstelle Migration und Behinderung ab 2024 (Menschen mit Schutzbedarfen insgesamt – auch Frauen, Pflege, queer)	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	2.10 Schulungen für Fachkräfte der Einrichtungen ab 2024	Neue Maßnahme,
	2.11 Durchführung eines Workshops zur Weiterentwicklung der Wohnangebote für Menschen mit komplexen	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des

	Unterstützungsbedarfen	LTB,
	2.12 Bei der Fortsetzung der Ambulantisierung wird evaluiert, ob auch Menschen mit komplexen Beeinträchtigungen in die neuen ambulanten Angebote eingezogen sind bzw. ob Hinderungsgründe vorgelegen haben.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	2.13 Den Leitstellen eine Übersicht der Orte, an denen mehrere Menschen mit Behinderungen gemeinsam leben, zur Verfügung stellen.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	2.14 Sensibilisierung der Einsatzkräfte der Feuerwehr in Ausbildung und Schulung.	Neue Maßnahme,
3 Das Bauressort prüft die Umsetzbarkeit und die Finanzierung einer "Toilette für alle" und mögliche Standorte in Bremen-Nord, Bremerhaven und Bremen.	3.1 Das Umweltressort prüft die Umsetzbarkeit und Finanzierung von "Toiletten für alle" an bis zu zwei möglichen Standorten jeweils in Bremen-Nord, Bremerhaven und Bremen.	Anpassung Ressortverteilung, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
4 R-Wohnungen: SKUMS, SJIS, LBB, kom.fort, Wohnungswirtschaft planen eine Vereinbarung für eine gezielte Vermarktung von R-Wohnungen.	3.2 R-Wohnungen: Sozialressort, Bauressort, LBB, kom.fort e.V. und Wohnungswirtschaft planen die weitere Umsetzung und Ausweitung der bestehenden Vereinbarung für eine gezielte Vermittlung von R-Wohnungen.	Anpassung Ressortverteilung
5 Schaffung der Stelle Beauftragter für barrierefreies Bauen bei SKUMS	3.3 Beauftragter für barrierefreies Bauen im Bauressort.	Anpassung an erfolgte Umsetzung
	3.4 Beruhend auf den Bericht des Finanzressorts (durch Immobilien Bremen)	Neue Maßnahme und Anpassung an erfolgte Umsetzung

	über den Stand der Barrierefreiheit von Gebäuden im Bestand und in Nutzung durch Träger öffentlicher Gewalt werden bis Mitte 2026 Maßnahmen- und Zeitpläne zum weiteren Abbau von Barrieren erarbeitet.	Vorschlag zur Verschärfung aus der Stellungnahme des LTB
	3.5 Weiterentwicklung flexibler bereichsübergreifender, personenzentrierter und selbstbestimmter Unterstützungsleistungen in Leistungsvereinbarungen mit Leistungserbringern bis Ende 2025	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.6 Fortsetzung der Ambulantisierung der Besonderen Wohnformen/ Außenwohngruppen sowie Aufbau weiterer Angebote der Assistenz im Quartier zur Förderung selbstbestimmter Wohnformen in eigenen Wohnungen	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.7 Vermeidung ungewünschter auswärtiger Versorgung außerhalb Bremens und Bremerhavens durch Ausbau von Informationsstrukturen zwischen Fachzuständigen in Behörden und Ämtern sowie Aufbau fehlender Angebote in Bremerhaven und Bremen	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.8 Durchführung eines Projektes zur Sozialraumorientierung in der Eingliederungshilfe	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.9 Entwicklung von Bausteinen inklusiven sozialräumlich ausgerichteten Wohnens für Menschen mit Behinderungen und Strukturen zur Umsetzung	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,

6 Einsatz von Multiplikator:innen im Ordnungsamt und Sensibilisierung dieser unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen in Bezug auf Barrierefreiheit und mögliche Hindernisse im öffentlichen Raum durch aufgestellte Stühle, Tische, Aufsteller, Waren, Fahrradständer und ähnliches.	3.10 Einsatz von Multiplikator:innen im Ordnungsamt und Sensibilisierung dieser unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen in Bezug auf Barrierefreiheit und Mobiliar im öffentlichen Raum durch aufgestellte Stühle, Tische, Aufsteller, Waren, Fahrradständer, E-Scooter und ähnliches.	Angepasste Maßnahme Vorschlag in Stellungnahme des LTB
	3.28 Schüler:innen mit Unterstützungsbedarfen werden am Umsetzungsprozess der Inklusion an Schulen beteiligt	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.29 Die systemische Ausstattung der Inklusion an Schulen wird verbessert.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.30 Eine Konzeption zur inklusiven Beschulung von Schüler:innen mit den Förderbedarfen W&E außerhalb der W&E Klassen wird entwickelt und an Pilotstandorten erprobt.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.33 Anpassung des Übergangssystems	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.34 Barrierefreiheit in den Schulgebäuden der berufsbildenden Schulen herstellen	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.35 Modellprojekt zur Berufswahlkompetenz im schulischen Übergangssystem	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
31 Bauliche Barrierefreiheit gem. § 8 Abs.	3.41 Bauliche Barrierefreiheit gem. § 8 Abs. 3	Angepasste Maßnahme

3 BremBGG	BremBGG und Aufstellung von Konzepten zur Herstellung von Barrierefreiheit für die Hochschulliegenschaften	Vorschlag in Stellungnahme des LTB
33 Der Außenarbeitsbereich der WfbM soll anteilig ausgebaut werden. Dies gilt sowohl für Außenarbeitsgruppen, dauerhaft Einzelarbeitsplätze und Einzelarbeitsplätze zwecks Übergang auf den allg. Arbeitsmarkt. Ziel ist es, mit den WfbM verbindliche Quoten hierfür vertraglich zu vereinbaren.	3.42 Mit den WfbM werden verbindliche Quoten für den Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt vertraglich zu vereinbart.	Angepasste Maßnahme Vorschlag in Stellungnahme des LTB
	3.48 „AdeA - Auf den ersten Arbeitsmarkt“  Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa plant aktuell die Förderung des Projektes AdeA – Auf den ersten Arbeitsmarkt.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
41 Der Senator für Finanzen erarbeitet mit den beteiligungsführenden Ressorts, sowie den Beteiligungsgesellschaften ein Konzept zur systematischen Steuerung der Umsetzung der Ziele des BremBGG in Beteiligungsgesellschaften im Mehrheitsbesitz Bremens.	3.50 Der Senator für Finanzen erarbeitet mit den beteiligungsführenden Ressorts, sowie den Beteiligungsgesellschaften ein Konzept zur systematischen Steuerung der Umsetzung der Ziele des BremBGG in Beteiligungsgesellschaften im Mehrheitsbesitz Bremens. Als eine Informationsbasis wird hierfür eine Ist-Analyse der Beschäftigungsquote in den Beteiligungsgesellschaften vorgenommen.	Angepasste Maßnahme Vorschlag in Stellungnahme des LTB
44 Die Krankenhäuser entwickeln ihre Aufnahmeprozesse fort, so dass dort jeweils auch die Bedürfnisse und Anforderungen an Barrierefreiheit, Unterstützung in der Kommunikation und	3.53 Ab 2023 werden perspektivisch bei der Krankenhausaufnahme Bedarfe hinsichtlich der Barrierefreiheit, der Unterstützung in der Kommunikation und der Assistenz erfasst und im Rahmen des Möglichen berücksichtigt.	Angepasste Maßnahme Vorschlag in Stellungnahme des LTB

Assistenz berücksichtigt werden.		
	3.58 Regelmäßige Begleitung des Betriebs des MZEB durch die Fachreferate von SGFV. Dabei wird überprüft, ob die Ausstattung dem erforderlichen Rahmen entspricht.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.59 Monitoring der Öffentlichkeitsarbeit für das MZEB (Webpage, Flyer, Thematisierung in Fachgremien, Einbindung aller relevanten Akteure)	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.60 Regelmäßige Thematisierung der Situation des MZEB im gemeinsamen Landesgremium gemäß §90a SGB V	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
51 Ein Modellprojekt für ein stationäres Angebot zur Unterstützten Elternschaft mit einigen Plätzen für kognitiv Beeinträchtigte prüfen.	3.62 Ein Modellprojekt für ein Angebot zur unterstützten Elternschaft mit einigen Plätzen für kognitiv Beeinträchtigte wird entwickelt und bedarfsgerecht vorgehalten.	Angepasste Maßnahme Vorschlag in Stellungnahme des LTB
56 Fachtag LBB, ZGF, Soziales zu LSBTIQ mit Behinderungen	3.64 Infoveranstaltungen für queere Menschen mit Behinderungen zu Angeboten für LSBTIQ	Angepasste Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.65 Fortbildung von Mitarbeitenden in der Eingliederungshilfe zu LSBTIQ mit Behinderungen	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.69 Entwicklung einer Minimalliste, die seitens des Schutz- und Unterstützungssystems erfüllt sein muss, z.B. hinsichtlich Zugänglichkeit mit dem Rollstuhl, Wissen und Finanzierung von Gebärdendolmetschung und Leichte Sprache, barrierefreie Homepages, etc.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.74 Selbstbehauptungskurse mit dem thematischen Schwerpunkt Sicherheit	Neue Maßnahme,

	im öffentlichen Raum werden für Männer mit Beeinträchtigungen angeboten.	Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.77 Entwicklung einer Handreichung für im Justizwesen Tätige zur Gewährleistung eines wirksamen Zugangs von Menschen mit Behinderungen zur Justiz.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	3.78 Durchführung einer Schulung an den Gerichten zur Gewährleistung eines wirksamen Zugang von Menschen mit Behinderungen zur Justiz.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
74 Beim Aufbau des Kompetenz-Teams „Bürger:innenservice und Kommunikation“ werden Maßnahmen (Fortbildungsangebote, Leitfäden, Rundschreiben, Beratung und Unterstützung) für den Bereich „Verständliche und einfache Sprache“ entwickelt und umgesetzt.	3.88 Das Kompetenz-Team „Bürger:innenservice und Kommunikation“ setzt Folgendes um: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fortbildungsangebote,</li> <li>• Leitfäden,</li> <li>• Beratung und Unterstützung für die Bereiche „Verständliche und einfache Sprache“ und Leichte Sprache“</li> <li>• regelmäßiger Austausch mit Bürger:innen als Nutzer:innen</li> </ul> einmal jährlich Bericht im Landesteilhabebeirat	Angepasste Maßnahme Vorschlag in Stellungnahme des LTB
76 Es soll mindestens eine Diversity-Lerneinheit pro Jahr in den Ausbildungsgängen für den Bremer öffentlichen Dienst verankert werden.	3.89 Es wird mindestens eine Diversity-Lerneinheit pro Jahr angeboten/ durchgeführt <ol style="list-style-type: none"> <li>a) in den Ausbildungsgängen für den Bremer öffentlichen Dienst,</li> <li>b) im Studiengang DSPA,</li> <li>c) im Fortbildungsprogramm für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Freien Hansestadt Bremen</li> </ol> c1) für Führungskräfte	Angepasste Maßnahme Vorschlag in Stellungnahme des LTB

	(diskriminierungsfreier Umgang mit Mitarbeitenden) c2) für Mitarbeitende mit Bürger:innen-Kontakt (diskriminierungsfreier Umgang mit Kund:innen) c3) für Dozent:innen (für eine diversitätssensible inhaltliche Gestaltung von Lerneinheiten)	
78 Im Fortbildungsprogramm für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Freien Hansestadt Bremen soll jeweils mindestens eine Diversity-Lerneinheit pro Jahr angeboten/durchgeführt werden für 5a) Führungskräfte 5b) Mitarbeitende mit Bürger:innen-Kontakt.	3.90 Im Fortbildungsprogramm für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Freien Hansestadt Bremen wird mindestens eine Lerneinheit angeboten/durchgeführt a) mit dem Schwerpunkt ‚Menschen mit Behinderung‘ b) als Vortrag zum Thema ‚Menschen mit Behinderung‘ c) Empowerment-Workshop für Menschen mit Behinderung	
	4.1 Der Landesaktionsplan kann bei aktuellen Entwicklungen und politischen Interessen ganz oder in Teilen bearbeitet, aktualisiert und fortgeschrieben werden.	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	4.2 Die Themen der Fortschreibung in der Landesaktionsplanung werden in den Landesteilhabendebeirat eingebracht	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	4.3 Der Senat befasst sich mit der laufenden Fortschreibung der Landesaktionsplanung und beschließt die jeweiligen einzelnen Anpassungen	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	4.4 Prüfung der Befassungspflicht der	Neue Maßnahme,

	Staatsräterunde mit der Weiterentwicklung und Umsetzung der Landesaktionsplanung bis Ende 2024	Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	4.5 Prüfung zur Einsetzung von Koordinierungsstellen zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Landesaktionsplanung sowie Ansprechstellen für den Focal Point in allen Ressorts bis Ende 2024	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB,
	4.6 Prüfung der stärkeren Vernetzung von Focal Point und Senatskanzlei zur effektiveren Nutzung von Ressourcen und Kompetenzen sowie besseren Ausübung der Funktion des Focal Points bis Ende 2024	Neue Maßnahme, Vorschlag in Stellungnahme des LTB, Empfehlung in „Abschließende Bemerkungen“ zum Staatenbericht